

vor der Kontrollkommission versteckt und nachher aufmontiert. In demselben Werk werden Granaten auf eine moderne Methode hergestellt, indem die Granatenhälften aus einem Stück geprägt werden. Alle diese Tatsachen werden von der Reichswehr entweder bestritten oder ignoriert. In den Sprengstoffwerken Reinsdorf werden 17-Zentimeter-Geschüze hergestellt. Das Bescheinende bei den genannten Firmen ist, daß sie sämtlich nicht im Kriegsgerütegefecht ausgeführt sind. Es handelt sich also um geheime Rüstungen im Einverständnis zumindest mit der englischen Regierung oder englischen Stellen.

Diese Rüstungsfirmen nennen Herr Goerner "Positivismus", die Deutschnationale Volkspartei "bewaffneter Pazifismus" und die Sozialdemokratie "Grenzsicherung".

Die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet auch im Ausland. Auf der Welt des spanischen Reeders Barrios in Vigo werden neue U-Boot-Konstruktionen ausprobiert, wozu ehemalige U-Boot-Führer im Auftrag einer Lohmann-Firma tätig sind. Militärische Erfindungen werden auf schwedischem und dänischem Gebiet ausprobiert. Ein Waffenmeister aus Jerichow wurde zur Einmontierung von Maschinengewehren in Flugzeuge nach Malmö kommandiert.

Eine besondere Rolle spielt die Sozialdemokratie. Vergessen ist das Wort von ehedem: "Diesem System fehlen Mann und kleinen Großes!" 1926 töte Herr Scheidemann gegen einzelne Reichswehrmilitärs, um in die Regierung zu kommen. Jetzt redet die SPD militärisch, um in die Regierung aufgenommen zu werden. Schon früher hat hier Schopfahl erklärt, er sei stolz darauf, daß der Aufbau der Reichswehr das Werk der SPD sei. Hilsfelding hat auf dem letzten Parteitag der SPD gefragt, ob seine Leute selbstverständlich für die Reichswehr seien. Jetzt erklärt die SPD, der Reichswehrchef müsse häufig auf 500 Millionen RM beschränkt werden; in der gleichen Weise müßten aber alle anderen Staats-, also auch der Sozialisten, gefürchtet werden. Bei der Theobusgeschichte hat die SPD sich so recht in ihrem wahren Dachte gezeigt. Die Pressestelle der SPD nimmt dieselbe Haltung ein. Nur die Leipziger Volkszeitung hat das von den Kommunisten gebrauchte Material zu veröffentlichen gewagt.

Den Maßen gegenüber nimmt die SPD eine ganz andere Haltung ein.

Hier im Reichstag schwören die Sozialdemokraten von der Entpolitisierung der Reichswehr. Hier stellen sich die Sozialdemokraten völlig auf die Seite der neuen deutschen Imperialismus und Militarismus. Dieses Doppelspiel der sozialdemokratischen Führer, das nur ein Stück der SPD-Koalitionspolitik ist, muß von den breiten Arbeiterschichten durchschaut werden.

(Schr richtig! b. b. Komm.)

Die Stellung der Kommunisten ist klar. Wir kämpfen gegen die Reichswehr als Teil unseres Gefolklampos gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Diktatur. Unser klares Ziel ist der Arbeitervaterstaat, die proletarische Diktatur, die sich auf eine rote Armee stützt.

Wir kämpfen für die politische Armee, die eine Armee des proletarischen Befreiungskampfes und des Schutzes des sozialistischen Aufbaues ist. Unser Weg führt über die gemeinsame Befreiung der heutigen Staats- und Wehrbeamten. Die Waffen werden erst auf den Trümmern des kapitalistischen Systems zerstört werden können. Alle Abrüstungsversprechungen bürgerlicher Regierungen sind Scheine.

Die nächste Sitzung findet Freitag, 14 Uhr, statt. Tagessitzung: kleinere Vorlagen und Etat der Reichspolit.

Das Schicksal der Krisenfürsorge

Verlängerung der Übergangsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung um drei Monate

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages vom Donnerstag wurde die Rentenerhöhung für die Invaliden nach den Vorschlägen der Regierung beschlossen. Nur die Kinderzuflüsse sollen noch von 7,50 RM auf 10 RM monatlich erhöht werden. Die kommunistischen Abgeordneten wurden abgelehnt. Die kommunistische Fraktion hatte besonders verlangt, daß in einem solchen Falle die Fürsorgeunterstützung um den Betrag der Rentenerhöhung gefürstzt werden darf.

Alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie lehnten aber die kommunistische Entschließung ab und formulierte gemeinsam eine allgemein gehaltene Entschließung, wonach der Arbeitsminister dafür sorgen soll, daß den Sozialrentnern die Rentenerhöhung nicht durch Kürzung der Fürsorgeunterstützung verhindert wird.

In der Weiterberatung über das Schicksal der Krisenfürsorge wandte sich Geno Strobel nochmals klart gegen die behauptete Ausdehnung der Beauftragten der Landesarbeitsämter. Schon jetzt möge sich die Beauftragten der Landesarbeitsämter, die im Gegenzug zum Gesetz stehen. Die Vorschläge der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats zum Verwaltungsaufbau des Landesarbeitsamtes sind mit der Begründung abgelehnt worden, daß es Vertreter der Gemeinden weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer angestellt würden. Der Vertreter des Arbeitsministeriums, Dr. Weigert, erklärte darauf, daß die Reichsregierung die Auffassung der preußischen Regierung für richtig halte. Die Drittteilung Arbeitgeber, Arbeitnehmer, öffentliche Körperschaften sei aus staatlichen Gesichtspunkten notwendig. Die "Neutralität" der öffentlichen Körperschaften sei notwendig, um die Parität zu sichern.

Bemerkenswert war noch die Feststellung des sozialdemokratischen Redners, daß die Regierung mit ihrer Mitteilung vom Tage vorher, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Verwaltungsaufbau des Reichsstaates sich nicht einzigen seien, den Ausschluß falsch unterstellt zu haben, sei eine Mehrheit von Arbeitervertretern und Vertretern der Gemeinden vorhanden gewesen, die bereit waren, für einen Antrag zu stimmen, wonach die Krisenfürsorge allen Ausgesteuerten, die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, mit Ausnahme der Landwirtschaft, und ferner denen, die nur 13 Wochen Beschäftigung nachweisen können, allgemein zu gewähren ist. Die Landesarbeitsämter sollten einschränkend Befugnisse erhalten. Die kommunistischen Anträge, allen Arbeitslosen, die die Anwartschaft nicht erfüllt haben, oder deren Anspruch auf Unterstützung erhöht ist, ist die Krisenunterstützung zu zahlen, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Übergangsverschärfungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes um drei Monate verlängert sind und der Reichsarbeitssminister erachtet wird, auf Vorschlag der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen für solche örtlich begrenzte Begriffe zugelassen, in denen infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände ein langanhaltender schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Im übrigen bleibt alles dem Reichsarbeitssminister überlassen. Gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokratie, Demokraten und Deutschen Volkspartei wurde der Gesetzentwurf des Reichsstaates abgelehnt, daß das Reich die gesamten Kosten zu übernehmen hat. Damit war auch ein dem Sinne nach gleicher Antrag erledigt.

Demokratie im Reichstag

Freiburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht)

In der Sitzung des Immunitätsausschusses des Abgeordnetenhauses vom 15. März stehen Anträge auf Aufhebung der Immunität von 41 Abgeordneten der Kommunisten. Weiter sind 30 Auslieferungsanträge gegen kommunistische Abgeordnete eingelaufen. Die Regierung beachtigt weiter, die Konfiskation der kommunistischen Presse zu verschärfen.

Die Einheitsfront der Lüge

Mit diesen Worten überschreibt die Leipziger Volkszeitung ihren Bericht über die Beratungen des Haushaltsausschusses zur Theobus-Affäre. Neben die Enthüllungen, die dort der Genossen Schneller machte, wird gesagt:

"Neben den Ausführungen Heinigs enthielt die Rede des Kommunisten Schneller außerordentlich interessante Einzelheiten. Aus ihr erfuhr man, daß die Marineabteilung des Reichswehrministeriums durch den Lohmann-Konzern Spionage-Unternehmungen, Flugunternehmungen und gewisse Aufzugsbedienstete finanziert hat. Der Kommunist stützte sich dabei auf einen Unterbericht... in dem von ihm angezeigten Dingen ist der Kern des ganzen Skandals zu sehen. Was wäre nun lobherrlicher, als daß nun alle, die für eine Klärung aller Korruption und illegaler Rüstungsbestrebungen eintraten, doch Mitteilungen des kommunistischen Abgeordneten in dem Bericht veröffentlichten, um durch einen verstärkten Druck der Öffentlichkeit die rohle Auflklärung zu erzwingen. Das Gegenteil geschieht. Die ganze nationale Presse, einschließlich der sozialen, demokratischen, schreibt die Misserfolgen des Kommunisten tot. Vom Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung bis hinunter zu den Leipziger Neuesten Nachrichten und den völkischen Deutschen Zeitung besteht eine einzige Einheitsfront! Mit einem nichtsagenden Satz gehen sie über Schnellers Angaben hinweg."

Sehr richtig! Die Leipziger Volkszeitung vergibt nur die Feststellung, daß zur ganzen "nationalen" Presse nicht nur die demokratische, sondern auch — die sozialdemokratische gehört, daß in der "Einheitsfront der Lüge" wie immer an der Spitze der Vorwärts marschiert und mit ihm 9 Prozent aller sozialdemokratischen Schnellblätter in ganz Deutschland. Die falsche Leipziger Volkszeitung hat sich einen Funken von Ehrlichkeit bewahrt, aber er reicht nicht aus, so zum Eingeständnis zu bringen, daß ihre eigene Partei alles unternommen hat, um die kommunistischen Enthüllungen zu begraben. Nicht nur schweigt sich der "antimilitaristische" Vorwärts aus, es waren Hermann Müller und die anderen Sozialdemokraten, die die Offenheitlichkeit der Diskussion des Haushaltsausschusses verhinderten, es war ausschließlich die Schild des Vorstoßes der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß die volle Aufdeckung der Theobus-Affäre verhindert wurde.

Die Einheitsfront der Lüge zur papistischen Verdunstung der imperialistischen Rüstungen kam noch krasser in der Diskussion des Wehrkreises zum Ausdruck. Hundertsohn gründete, wie die Mitglieder der Demokratie übereinstimmend hervorhoben, die Millionenforderungen für seine Reichswehr und den Panzerkreuzer in einem "neuen Geiste". In dem Geiste der Lügendorfe nämlich, die genau weiß, daß man 9 Jahre nach dem Weltkrieg die Maßen für neue Rüstungen vorläufig nur mit pazifistischen Redensarten gängeln kann. Er konnte mit

Um die Noote-Kandidatur

Berlin, 16. März. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus Hannover berichtet wird, hat eine Berateursmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Hannover den Vorschlag gemacht, im Wahlkreis Weser-Ems den bisherigen Reichstagsabgeordneten Tempel und den Gemeinschaftssekretär Haas aufzulösen.

Mit dieser Meldung wird zugleich bestont, daß dadurch eine Reichstagskandidatur des Oberpräsidenten Noste in diesem (1) Wahlkreis gegenstandslos geworden sei. Tatsächlich verhält es sich anders. Erstens hat die Berateursmännerversammlung nur einen Vorschlag gemacht. Die Entscheidung über die Kandidatur wird sicher die SPD-Fraktionsleitung fallen. Zum anderen wird ausdrücklich in der Meldung gesagt, daß die Kandidatur Noste in diesem, also dem Wahlkreis Weser-Ems, gegenstandslos geworden sei. Das bedeutet nicht, daß die gerüsten Schieber des SPD-Parteivorstandes ihren guten Freund Noste nicht in einem anderen Reichstagswahlkreis unterbringen oder auf die Reichsliste setzen, um ihn in den neuen Reichstag zu dringen. Doch wie vor ist es deshalb notwendig, daß ich vor allen Dingen die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft in entschiedener Weise gegen eine Reichstagskandidatur des "Bluthundes der deutschen Revolution", Noste, wende.

Joubkoff ausgewiesen

Köln, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der hiesige Regierungspräsident hat den Schwager Wilhelms II., Joubkoff, aus Deutschland ausgewiesen, nachdem er vorher wegen Pauschalgegenwart verurteilt wurde.

Der Hochstapler Joubkoff hat jedoch die Ausweisung gar nicht erst abgewartet, sondern hat Deutschland bereits früher verlassen, um sich nach einer Meldung der "Vog." zu seinen schwedischen Verwandten zu begeben, die am Kongre wohnen.

Schiff zerstößt den Einheitsverband

Königsberg, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hauptverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat beschlossen, die Ortsgruppe Königsberg des Verbandes mit Wirkung vom 15. März aufzulösen, weil sie zu 91 Prozent geschlossen zu den führenden Kollegen der Opposition steht. (?)

Auf diese neue Glanzleistung der reformistischen Spalier im Einheitsverband der Eisenbahner werden wir gelegentlich zurückkommen.

Dienstag Schlichtungsverhandlungen im Lohnkampf der Eisenbahner

Berlin, 16. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Schlichtungsverhandlungen zwischen der Eisenbahnhauptverwaltung und der Eisenbahnergewerkschaft beginnen am Dienstag. Die Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Berlin, haben einstimmig beschlossen, den Hauptvorstand aufzufordern, sofort Maßnahmen zu treffen, um den Kampf, der von der Eisenbahnhauptverwaltung aufgezogen wird, einzuleiten.

Die Berliner Buchdrucker für Streik

Berlin, 16. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Funktionärsversammlung der Buchdrucker nahm gestern einen Antrag an, der an dem geforderten Satz von 10 RM teilhält und im Falle einer Verbindlichkeitserklärung die Aufnahme des Kampfes fordert.

Die Buchdruckereibesitzer für den Schiedsprozess

Berlin, 16. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Schiedsprozess im Buchdruckereigewerbe ist von den Unternehmern angenommen worden, und sie verlangen sofortige Verbindlichkeitserklärung. Es sind neue Verhandlungen für nächste Woche angelegt worden.

Konsult in der Berliner Holzindustrie

Berlin, 16. März. (Eigener Drahtbericht.)

In der Holzindustrie hatten die Unternehmer für den 31. März das Lohnabkommen gefündet und eine Verlängerung bis 15. Februar 1929 gefordert. Die erweiterte Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hat beschlossen, das Lohnabkommen gleichzeitig zu kündigen und eine Erhöhung von 10 Pf. zu fordern.

vollmem Rechte sich darauf berufen, daß von den Reichsbürgern bis zu den Sozialdemokraten eine Einheitsfront der republikanisch-patriotischen Landesverteidigung bestehe, als er sagte:

"Der Abgeordnete Treviranus hat von dem bewaffneten Pazifismus, der Redner der Sozialdemokraten von der Verteidigung der Grenzen gesprochen. Praktisch kommt beides auf dasselbe heraus."

Zur Bekämpfung dient, daß der patriotische Appell Groeters bei der SPD durchaus auf guten Boden falle, unterstrich in seiner Diskussionsrede der Sowjetgründer Kästner aus neuer die Losung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Reichswehr des deutschen Trustkapitals. Er erkannte sogar eine klassischere Formulierung für den Kampf der Sozialdemokratie nicht gegen, sondern um die Reichswehr, als der große Verteidiger und Oberzhindler, Hilsfelding, feststellte. Der Kampf seiner Partei richtet sich, sagte er, gegen den Militarismus. Militarismus aber sei kein bestimmtes Werkzeug, sondern das Werkstreben des Militärs, sich im Staate eine Sonderstellung zu schaffen, statt dem Staate zu dienen ihm durch Einführung auf den Staatsapparat zu beherrschen. Die Sozialdemokratie dagegen wünsche, daß die Reichswehr endlich den Anschluß an den Geist der Demokratie finde. Es sei ein Märchen, wenn man ihr nachsage, daß sie gegen die Reichswehr im allgemeinen sei. Im Gegenteil!

Aus meinen Darlegungen ist zu erkennen, was schon mein Kollege Hilsfelding auf unserem letzten Vortrag in Aiel zum Ausdruck gebracht hat: Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr. Unter Kampf geht um die Reichswehr, damit sie ein zweckdienliches Instrument der Republik werde."

Diese neue Verstärkung der imperialistischen Politik der lauberen Arbeiterpartei wird von der bürgerlichen Presse mit Wohlbehagen registriert. Die größten nationalistischen Typen aus dem Hugenberg-Konzern finden, daß die Reichswehr, die botte im Reichstag angenehm ruhig und erfreulich verlaufen sei.

"Auch die Opposition hält sich, wie gesagt, im Zentrum" (Vorleserzeitung.) Koch hat selbst der "Vogel-Anzeiger" begriffen, daß es vernünftiger sei zu vergessen, darüber nachzudenken, wie die Pflichten eines Soldaten und Soldatenziehers mit Pazifismus, mit vernünftigem oder unvernünftigem Pazifismus, nicht einen Hut zu bringen seien". Nachdem der Reichswehrminister Goerner so unzweckmäßig aufgetreten ist, ist eine Menge gegen eine Einheitsfront der pazifistischen Lüge über der imperialistischen Wirklichkeit. Wenn man dann die Leipziger Volkszeitung nur zulassen will, wenn sie eine eigene Partei anfangt, ohne es zu sagen, läßt sich "Heraus mit der ganzen Wahrheit, trotz der Einheitsfront der Lüge!"

Neuer Todesszug über den Ozean

Kapitän Hinckle und Else Mosan verschollen

Newark, 15. März. Das Schiff des englischen Seesoldaten Hinckle befiehlt segelte zu sein. Sein Flugzeug ist nunmehr bereits bei 42 Stunden überfällig. Da die Wetterberichte melden, daß die klimatische Lage auf dem Ozean sich von Stunde zu Stunde verschlechtert und ein Sturm über dem Meere wütet, muß man annehmen, daß Hinckle und sein Begleiterin Else Mosan gestorben sind. Die letzte glaubwürdige Nachricht war die, daß das Schiff 170 Kilometer westlich von Irland gesichtet wurde. Im Laufe des gestrigen Abends traf hier eine Meldung der Funkstation Heart's Content auf Neufundland ein, wonach ein Flugzeug in nordwestlicher Richtung dort gesichtet worden war. Bei näherer Aufklärung hieß es jedoch heraus, daß es sich um den Apparat des englischen Yachtseglers nicht handeln könnten. So muß man denn annehmen, daß auch Hinckle und seine lieben Begleiterin das Los der Rungenfahrt und Tod nicht erpaßt geblieben ist.

In amerikanischen Kreisen hat man den Verlust Hinckles mit vorhersehbar als unverantwortliche Unvorsichtigkeit abgleichen, da ein Flugzeug in dieser Jahreszeit kaum Außenwind findet und gegenwärtig in der Höhe des Atlantik liegt ein bedeutendes Sturmzentrum zu passieren hat. In der Gegend von Neufundland befinden sich augenblicklich schwere Eisflächen zu bedenken und so seinen Untergang herbeizuführen.

Ein Lodspiegel Mussolinis erschossen

Paris, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Humanité berichtet, daß der gestern ermordete italienische Savoili ein Lodspiegel Mussolinis gewesen ist und bringt dafür näherte Beweise. Dennoch war Savoili früher Journalist an der einfließenden Presse in Italien und bekämpfte sich gegen den Faschismus. Später trat er gleich den reformistischen Gewerkschaftsführern Italiens in die Feste Mussolinis. Von der italienischen Regierung wurde er dann der faschistischen Überwachungsorganisation im Auftrag gestellt, deren Aufgabe es u. a. ist, italienische Flüchtlinge, die Todesurteile Mussolinis glücklich entronnen sind, aufzuspüren und sie vielfach mit Gewalt nach Italien zurückzubringen, um sie den italienischen Gerichten auszuliefern. Der ermordete Savoili hat u. a. wie die Humanité behauptet, in Freizeit die Herausgabe dieses Briefes als auch für die nachfolgende Drucknote an die Sowjetunion voll verantwortlich ist. Nunmehr hat das englische Baldwin-Kabinett in seiner gestrigen Sitzung einen Beschuß gefaßt, diesem Antrag der Labour Party nicht stattzugeben, da sie auf Grund einer neuen Prüfung der ganzen Frage des Überstands ist, daß eine weitere Untersuchung nicht von Nutzen sein könnte.

Mit diesem Beschuß hat die konervative Baldwin-Regierung sicher den Führern der Labour Party nur einen Gefallen getan. Natürlich hat das Baldwin-Kabinett auch auf Gründen der Tatsache, daß bei den weiteren Untersuchungen über die Entstehung des Sowjet-Briefes es unbedingt auch zu Enthüllungen über die große Korruptions- und Fälscherwirtschaft im englischen Außenministerium gekommen wäre, einen solchen Beschuß gefaßt.

Kommunistenhefe in Japan

Berlin, 15. März. Wie die Abendblätter aus Tokio melden, hat die japanische Polizei eine große Razzia auf Komunisten veranstaltet. Mehr als 100 Personen sollen dabei verhaftet worden sein.

1898—1928

Zum 30. Jahrestag der Parteigründung des russischen Proletariats

Am 15. bis 18. März 1898 trat im Provinzialstädtchen Minf im Weltgebiet des Zarenreiches ein kleines Häuflein russischer Sozialdemokraten zusammen, um eine Partei, die künftige Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDAP), zu gründen, jene Partei, die im Laufe zweier Jahrhunderte erbrachte hat, aus einigen illegalen Arbeiterzirkeln zu der herrschenden Partei eines Landes von der Größe eines Schleiers der Erde zu werden. Die herrschende Partei der Sowjetunion wurde erst 1918 als „Kommunistische Partei“ getauft, der Name „Bolschewiki“ entstand bekanntlich auf dem 2. Parteitag der RSDAP 1903. Aber mit Recht erblüht unter russischer Bruderpartei im Parteitag von 1898 die Gründung ihrer Partei, denn es führt ein konsequenter, historisch notwendiger Weg von den Männern, die damals in Minf die Gründung der revolutionären marxistischen Partei wußten, zu dem Sieg des 15. Parteitages der KPSU. Dieser Weg führt über drei Revolutionen, von denen die eine die größte Schlacht der Klassenkämpfe überhaupt ist.

Die revolutionäre marxistische Partei des russischen Proletariats nimmt ihre Anfänge aus zwei Quellen: theoretisch aus der Gruppe „Vertreibung der Arbeit“, die als Begründer des russischen Marxismus den Kampf gegen die Narodniks bezeichneten hatte, und praktisch aus der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung in den 90er Jahren des vorherigen Jahrhunderts, die den Übergang von der Propaganda marxistischer Idee zu der Aktion einer marxistischen Partei notwendig machte. Wenn die Anfänge des russischen Marxismus an den Namen Plechanow geführt sind, so geht doch bald die Führung an Lenin über; das 30jährige Jubiläum, das die Partei des russischen Proletariats feiert, ist das 30jährige Jubiläum der Kommunistischen Partei. Lenin war selbst in Minf nicht anwesend, er befand sich — im Februar 1897 aus dem Gefängnis entlassen — in der üblichen Verbannung, aber der Gruppe Lenins, der sogenannten „Alten“, gehörte die Initiative zur Vorbereitung des 1. Parteitages.

Das Auftreten des revolutionären Marxismus in Russland war der ideologische Ausdruck für die Ausweitung des Proletariats als eigene Klasse mit klar ausgesprochenen eigenen Klassenzielen innerhalb des alten Kaiserreichs. Um die Mitte der 90er Jahre beginnt eine Massenarbeiterbewegung, die bald aus den ökonomischen Forderungen allein die Grundfragen des Kapitals und des Zarenreiches zu unterspielen droht. In den ersten Jahren ist noch der Verbündete des Proletariats der sogenannte „Legale Marxismus“ (bei uns im Deutschen „Reichsbanner-Socialismus“). Es war die Zeit Lenins, der in seinem berühmten Jugendwerk „Wer sind die Massen?“ die ursprüngliche Ideologie des Narodnikismus aufdeckt und schon in der Morgenröte der russischen Sozialdemokratie den Kampf mit dem „legalem Marxismus“ über dem Nationalismus als einen frühen Anfang des Nationalismus aufnahm.

Wenn der Bildungsprozeß der RSDAP auch keine bedeutenden Resultate gezeigt hatte, so wurde er jedoch zum Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung der revolutionären Partei des russischen Proletariats, der Bolschewikischen Partei. Wie ein mächtiger Strom sah aus einem dünnen, siegenden Büschel entwickelt, so wuchs die Bolschewikische Partei aus den schwachen Anfängen des 1. Parteitages empor. Vielfältig und vielerlei waren die Kämpfe, die die Partei auf ihrem Wege zu überwinden hatte, — sowohl gegen das Kapital und den Zarismus, als auch gegen die Gegner in den Reihen der Arbeiterklasse, gegen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei, die ideologische Klarheit und organisatorische Erfahrungsfertigkeit wurden in Jahrzehntlangem Kampf gegen alle Abneigungen von rechts und links geschaffen. Als auf dem Parteitag der RSDAP in London 1903 die Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki stattfand, glaubte mancher Führer der Arbeiterbewegung, die Formulierung des ersten Paragraphen des Parteistatutes, dessenwegen Lenin die Spaltung verhindert hätte, kein ein „richtiger“ Grund. Die Zukunft hat viel später gezeigt, daß es sich um weit wichtigere Fragen — um die Schaffung einer aktiven revolutionären proletarischen Partei — gehandelt hat, als „bloß“ um die Formulierung eines Organisationsverhältnisses. Die Führer der 2. Internationale haben sie den Sinn der inneren Kämpfe in der RSDAP begriffen. Ein Victor Adler machte sich über die Bolschewiki lustig, die fühlte hindurch über einen Punkt einer Resolution diskutieren konnten und mit einer Universalität ungleichen gegen den Gegner kämpften. Als in den Jahren der Revolution nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905 die Partei der Bolschewiki eine harte Krise erlebte, als Gruppen und Gruppen sich von ultraliberalen abgespalten und führen von gelern aus den Reihen der Partei selbst ausgeschlossen werden mußten, — da schloßten die späteren Scheidemänner und Loses und prophezeiten, — ganz wie in unseren Tagen die SPD es uns „prophezeit“, — den Untergang der Bolschewiki. Eist der Sieg im Oktober 1917, der Siegeslauf der Sowjetrepublik, des Werkes der bolschewistischen Partei, mußte auch die unglaublichen Thomele überzeugen.

Auch die Menschewiki können den Minf Parteitag 1898 als den Gründungsparteitag ihrer Partei feiern. Aber wie wird dieser Tag die kleine Emigrantenorganisation begehen, die sich heute Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei oder Menschewiki nennt? Noch viele Jahre nach der Spaltung verlor die Partei Lenins mit den Menschewiki zusammenzuhalten. 1908 kam der endgültige Bruch. Nach Eroberung der Macht unter der Führung der Bolschewiki 1917 stellen sich die Menschewiki jenseits des Balkans. Solange es gilt, den Kommunismus zu stützen, waren es zwei Fraktionen; als die Menschewiki nach der Februarrevolution den Weg der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie beschritten, waren sie bereits offene Gegner der revolutionären Partei des Proletariats. Sie schreckten nicht zurück, mit den Weißgardisten zu paktieren, um die Sowjetmacht zu stützen versuchen, wie sie sich jetzt nicht scheuen, sogar, tagaus die Sowjetmacht mit Rot zu besprühen und zum Teil sogar die Bourgeoisie in Versammlungen der Sowjetunion zu übertreffen.

Es führt ein weiter Weg vom 1. Parteitag der RSDAP im März 1898 bis zum 15. Parteitag der KPSU im Dezember 1927. Die Linie, die vom Leninismus in dieser langen Zeitspanne verfolgt wurde, ist aber dieselbe geblieben. Nicht allein im Kampf gegen die offenen Gegner, noch mehr in der Bekämpfung der Entstehung der Partei, gegen Menschewiken besonderer Abart mußte sich der Bolschewismus durchsetzen. Der Trotski-

mus, der Jahrzehntelang den Feldzug gegen den Leninismus geführt hatte, schien bei dem Sieg der Revolution, als Trotski in die Kommunistische Partei eingetreten war, erledigt zu sein. Um Jahre nach der Revolution in neuer, veränderter Gestalt wieder gegen den Leninismus aufzutreten. Der Sieg des 15. Parteitages, der Sieg der KPSU und der Kommintern über den Trotskismus war ein Triumph des Leninismus, der vor 3 Jahrzehnten die Richtlinien zur Bildung der Partei des Proletariats vorgezeichnet hat und diese Linie durch drei Dekennien hindurch folgerichtig durchgehalten hat, sowohl als Partei des freien Proletariats, das nun am Aufbau des Sozialismus ist, als auch als die Partei der internationalen Arbeiterklasse, die in den kapitalistischen Ländern um ihre Befreiung kämpft.

Genosse Michailoff tot

Genosse Leo Michailoff, der Vorsitzende des Bundes der Alten Bolsheviks in Moskau, ist am 2. März gestorben. Genosse Michailoff hat in den neunziger Jahren an mehreren Parteitagen der SPD teilgenommen, da er in München bei dem Abg. Vollmar mehrere Jahre im Exil lebte. Er hat in den letzten Jahren die treuesten und liebenwürdigsten Weise der Delegation der deutschen Parteidemokraten zur 10-jährigen Feier der Sowjetunion angenommen. Aus diesem Anlaß hat die Delegation dem Bund der Alten Bolsheviks in Moskau folgendes Telegrafenjubiläum geladen:

An den Bund der Alten Bolsheviks in Moskau!
Aus Anlaß des Hinscheidens eures bewährten Vorfahrenden und uneres liebenwürdigen Freunden, des Genossen Leo Michailoff, sprechen wir euch unser innigstes Beileid aus und gebeten euch, dem Dahingeschiedenen mit euch ein treues Gedenken zu bewahren.
Name der Delegation der Alten Bolsheviks Deutschlands
geg. Paul Behnke, Redakteur, Erfurt.

Rieingärtner- und Arbeiterfragen im Landtag

Mietzinsteuer und Wohnungswangswirtschaft / Kommunisten gegen Betriebs- und Innungsfrankenkassen / Die Regierung sabotiert weiter!

Nach Beginn der Sitzung kommt es zu einer leichten Auseinandersetzung zwischen Kleinbauern und Sozialdemokraten. Den Anlaß dazu geben die Ausführungen des Abgeordneten Sebald in der letzten Sitzung. In einer längeren Erklärung meinte er, daß der Abgeordnete Edel dagegen, daß ihm Beiträge „Vorsteuergerecht“ nach einer Regelung, bzw. Sicherem Beamtentheilung vorgeworfen hat. Edel stellt fest, daß dies im Einverständnis der Partei — einschließlich des damals noch zur SPD gehörenden Teils — geschehen sei. Während dieser Erklärung kommt es zu heftigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den treuen Kleingärtnern. Sie werben sich die schwersten persönlichen Verbrechen vor, während sie auf gewerkschaftlichem Gebiete gemeinsam den hässlichen Kampf gegen die Opposition führen. Dieser Streit ist deshalb nur als ein elendes sozialdemokratisches Wahlmanöver aufzufassen.

Eine Regierungsohlfrage über die Wiederholung des Biegendorf-Körgetzes wurde dem Reichsausschuß überwiesen, nachdem für die kommunistische Fraktion Genosse Roscher dazu gesprochen hatte.

Sodann wurde eine Anfrage behandelt, die sich mit Mietzinsteuerfragen in Spinnereien befaßte und in einem Halle den Ton eines Arbeiters herbeiführte. Die Ursache dazu war die Verarbeitung nicht genügend dosifizierter Rohstoffe. Ein Regierungsohlfrage mußte zugeben, daß die Verwendung nicht genügend dosifizierter Rohstoffe die Ursache dazu war. Die Verordnung des Reichskanzlers vom 22. Oktober 1922 könne hier aber leider nicht in Anwendung kommen. Deshalb hat auch die Regierung nichts getan. Ein Beweis mehr dafür, daß diese Regierung gefälscht werden muß.

Ein Antrag fordert, daß das heute noch als rechtsgültig belegende Strafensummandat vom 28. April 1921, sowie das Gesetz über die Wegehaftpflicht vom 12. Januar 1870 durch ein neues Gesetz ersetzt wird. Dies ist um so mehr notwendig, da der heutige, überaus starke Verkehr verlangt, mit den vorhin genannten Gelehrten auf diesem Gebiete schnellstens aufzuräumen. Dieser Antrag wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Schrebers- und Kleingartenbewegung

Eine Anfrage befaßt sich mit dem Schrebers- und Kleingartenwohnens, das in letzter Zeit sehr stark um sich gebracht hat. Da den Gemeinden zur Förderung dieser Bestrebungen auf Grund des bestehenden Baugesetzes nicht genügend Land zur Verfügung steht, soll ein Gesetzentwurf, der zur Behebung dieser Schwierigkeiten beitragen sollte, aber auf Grund der Auflösung des Landtages nicht durchgeführt werden können, erneut aufgenommen werden.

Die Regierung wird gefragt, ob sie beabsichtigt, das Baugebot wieder einzubringen, und wie sie die Interessen der Schrebergartenbesitzer dabei wahren will. Die Regierung erklärt, daß ein Baugesetz neu bearbeitet wird und die Interessen der Schrebergartenbesitzer dabei soweit als möglich gewahrt werden sollen.

Die Anfrage wurde vom der Deutschen Volkspartei eingereicht und ist als Verhöhnung der Kleingärtner aufzufassen. Die Hauptfrage dabei — wie das notwendige Land zu beschaffen

ist — wird nicht gelöst. Erst dann, wenn die Gemeinden das Enteignungsrecht von Grund und Boden besitzen, kann den Interessen der Kleingärtner, Siedler usw. entsprochen werden. Über das lebt ja gerade die reaktionäre Koalitions- und Regierungsmehrheit im Sachsischen Landtag ab.

Genosse Lieberkötter reicht den Antragstellern die Moste vom Schick und Recht seit, daß sie als Regierungspartei die Verantwortung für den bestehenden unlösbarbaren Zustand der Kleingärtnerbesitzer tragen. Kleine Gartenbesitzer, sogar ganze Vereine haben dies bereits eingesehen und sich geschlossen hinter die Kommunistische Partei gestellt. Die Abgeordneten Börner (deutschland) und Claus (Dem.) erhalten von ihm eine besondere Anerkennung. Sie werden nicht gegen die Gewerkschaften vorgehen, während sie auf gewerkschaftlichem Gebiete gemeinsam den hässlichen Kampf gegen die Opposition führen. Dieser Streit ist deshalb nur als ein elendes sozialdemokratisches Wahlmanöver aufzufassen.

Eine Anfrage wegen Nichtdurchführung der beschlossenen Reichslandeskassen für die Forstarbeiter gibt Anlaß zu einer besonderten Aussprache.

Genosse Roscher kritisiert sehr scharf die Regierung, die abschließend Beschlüsse des Landtages sabotiert, die den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen.

Einem Antrag, den steuerfreien Betrag für die Zahlung der Mietzinsteuer von 2800 RM auf 3200 RM und besondere Hörfeststellungen bei Berechnung der Mietzinsteuer bei Werktags- und Kriegsfallabenden, Altersrentnern usw. betreffend, schließt sich eine Diskussion an, in der Genosse Schreiber die Stellung der kommunistischen Fraktion dazu bekannt gibt. Er erklärt, daß die KPD-Fraktion für die Befreiung der Mietzinsteuer überhaupt eintritt. In einem Antrag vom 2. Dezember 1921 hat sie bereits die generelle Befreiung der Sozialrentner und Fürsorgeempfänger von der Mietzinsteuer gefordert. Dieser Antrag ist jedoch abgelehnt worden.

Auch der Antrag, betreffend Lockerung der Wohnungswangswirtschaft vom 6. April 1922, wird vom kommunistischen Vertreter sehr scharf bekämpft und die Aufhebung der Lockerung gefordert. Beide Anträge gehen an den Reichsausschuß.

Zur Beratung stand ein weiterer Antrag, im Staatshaushaltplan Kap. 38, Titel 8a, mindestens 1 Million RM einzustellen, damit ihnen, wenn sie 8 Wochen vor der Riebschau die Arbeit niedergelegt, eine besondere Beihilfe von 2 MW für den Tag gewährt werden kann.

Genosse Roscher erklärt hierzu, daß ein diesbezüglicher Antrag, der bereits im Vorjahr angenommen wurde, bei der Ausschaltung des Haushaltplanes aber seine Verabschiedung gefunden hat. Im Interesse der Frauen müssen die Mittel unbedingt zur Verfügung gestellt werden.

Ein kommunistischer Antrag, Betriebs- und Innungsfrankenkassen nicht mehr zu stricken, wird vom Gen. Schreiber begründet. Er verlangt die Beseitigung der Betriebs- und Innungsfrankenkassen, da ein Aufgehen derselben in die allgemeinen Ortsfrankenkassen für die Versicherungen nur vorteilhaft sein kann. An Hand von Beispielen (siehe Dr. Göthe, Leipziger Baumwollspinnerei) zeigt er die besonders schädigende Wirkung des Betriebsfrankenstein bei den Betriebsfrankenkassen auf.

Der Antrag wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Das Ministerium des Inneren hat mit Wirkung vom 1. Februar 1922 die Bekämpfung der jährlichen Gebäudenordnung für Arbeiter und Bahnärzte aufgehoben. Es wird verlangt, daß die Bekämpfung des Ministeriums, da mit ihr eine Bekämpfung der Frankenkassen zusammenhängt, aufgehoben wird. Die kommunistische Fraktion wird ihre Stellung dazu im Ablauf näher darlegen.

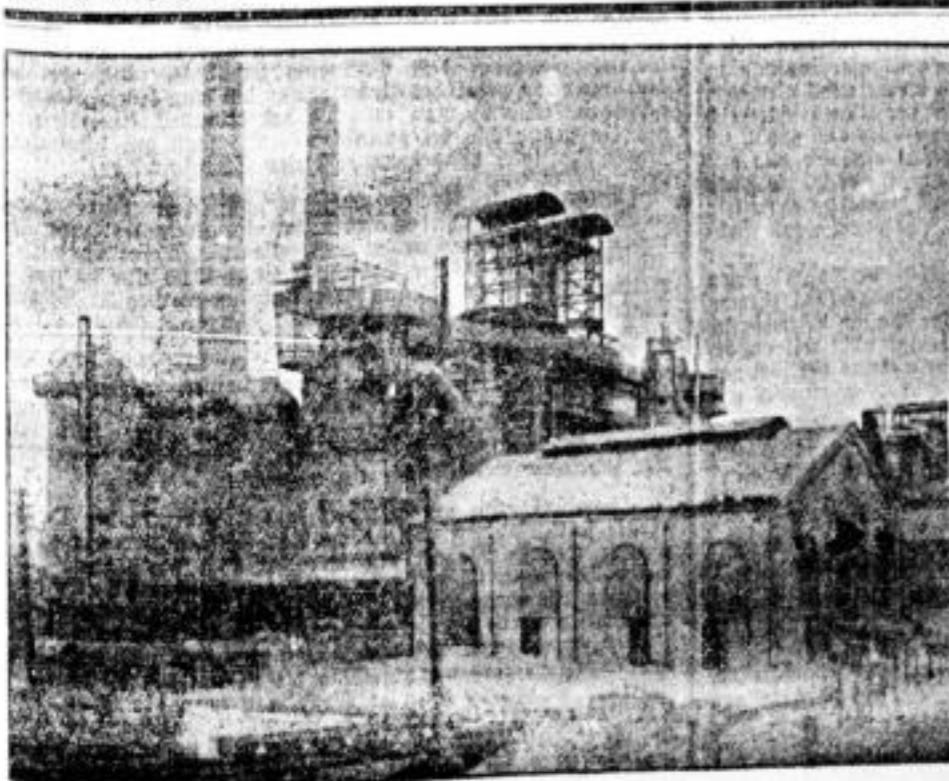
Dann wurde noch ein Antrag dem zulässigen Auslaß überwiesen, daß Vollmachten für das Verfahren vor Arbeitsgerichtsbehörden für Arbeitnehmer der Stempelsteuer nicht unterliegen sollen.

Eine Anfrage betreft Öffnenhaltens der Ladengeschäfte während der Woche in Leipzig, erklärt die Regierung das Vor gehen der Reichshauptmannschaft und des Rates der Stadt Leipzig für richtig. Auch damit tut sie falsch, daß sie weiter wie bisher Beschlüsse des Landtages sabotiert, die im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen.

Nächste Sitzung am Donnerstag dem 22. März, 15 Uhr.

Internationaler Frauentag in London

London, 15. März. (Eigener Drahtbericht)
Gestern fand der Internationale Frauentag statt. Die Frauen demonstrierten unter zahlreicher Beteiligung in London. Besonders aus den Textilgebieten vertrat Wanja. Manche der 15000 waren zahlreiche Polizeigewalten eingetroffen. Auch etliche Arbeiterfrauen nahmen daran teil. Es sprachen Cool und andere Redner zu den demonstrierten Frauen.



Zu nebenstehendem Bild:

Sabotage im Donbass

Hochofenanlage im Massenjewski-Werk

*

Da stand sein Herz vor Chrfurdt still . . .

Wir erhalten folgende Zulicht, die ein „blendendes Licht“ auf unsere republikanischen Behörden und gewisse ihrer Beamten wirft:

„Ich habe in der letzten Zeit sehr viel mit Behörden zu tun gehabt. Die Erfahrungen, die ich da gemacht habe, sind doch vielleicht so, daß Sie dieselben einmal mit in Ihre Zeitung bringen könnten.“

Ich bin Ende vorigen Jahres geschieden worden und beanspruchte, mich öfter wieder mit einem Arbeiter zu vertheilen. Die Erfahrungen, die ich da in bezug auf Klassehass in meinem Scheidungsprozeß und Parteilosigkeit der Amönen, als es herauskam, daß ich als „Adlige“ einen Arbeiter heiraten wollte, gemacht habe. Sind ein Kapitel für sich?“ Wir beforgan uns also je einen Geburtschein zu 1.25 M. Ich ging mit den Papieren auf das Standesamt. Dort erfuhr ich, daß ich gar nicht heiraten darf, bevor zehn Monate nach der Scheidung vergangen sind, oder daß mit einem Gehuch das Innenministerium machen müßten. Dies taten wir, ich mußte noch ein ärztliches Zeugnis (für 2 R.) beilegen, doch ich nicht von meinem Mann, von dem ich nachweislich drei Jahre getrennt lebe, schwanger bin. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit bekam ich Nachricht vom Standesamt, wo ich erlaubt wurde, mich in den nächsten Tagen einzufinden. Wie meinten nun, die Sache wäre in Butter. Weit gefehlt! Ich hatte zwei Prozesse geführt, die erste Klage war abgewiesen worden, die zweite durchgegangen. Das Urteil der zweiten Klage hatte ich eingereicht, aber auch die erste abgewickelt. Diese Klage mußte herbei. Zu was auch die wird wohl kein Mensch ergründen können, denn der rechtskräftige Urteil ist der zweiten Klage mußte doch genügen. Dann brauchte ich eine Abreitungsurkunde für das mit zugesprochene Kind und von uns beiden einen Schein über die jugendliche Staatsangehörigkeit. Der Standesbeamte schrieb mir das auf, gab mir die Einwohnerkarte zurück und behielt alles andere. Als ich auf die in Frage kommenden Amtster kam, fehlten mir Geburtsurkunden und Scheidungsurkarte, das Fahrgeld in die Stadt war zum Fenster hinausgeworfen. Der Beamte mußte es wissen, daß im die Scheine brauchte. Ich ließ sie mir also geben und erfuhr, daß wir für die Guade, daß wir uns eher heiraten dürfen, 20 M. an das Innenministerium zu zahlen hätten. Das Gehuch hatten wir gemacht, weil wir bei doppelter Wirtschaft nicht existieren können und ich keinerlei Verdienst mehr habe. Also, ich zog mit den Scheinen und bestmöglichem Herzen nach dem Amtsgericht Leipzigerstraße 1, um dort die Abreitungsurkunde für das Kind gleich abzuholen. Dort erfuhr ich, daß ich schenfalls in einigen Tagen die „Wiederherstellungsgesetzesgültigkeit“ abholen könnte, da erst der Raum und Reichsgericht genehmigen und unterschreiben müßte. Dann bezahlte ich 1.80 M. bezahlte. Wenn der Staat von uns beide Zeugnisse verlangt, so müßte er sie auch sofort ausstellen. Verlangen wie vielleicht zum Spaß solche Papiere? Mein Scheidungsurteil ist in Ordnung, das Kind mit einwandfrei zugesprochen, niemand kann man verbieten zu heiraten, noch das Kind nehmen. Die Beamten gaben selbst zu, es sei nur „Kornäthe“.

Unverhüllter Sach ging ich ab auf das Wahl- und Bürgertum, um dort für mich und meinen Bräutigam die Belehrung der jugendlichen Staatsangehörigkeit zu holen. Auch das zweite Mal! Ich hatte diesmal Einwohnerchein und Geburtsurkunden mit, was vorgeschrieben ist, glaubte, das wenigstens das glatt ginge. Schon der Empfang war einzigartig! Ich kamme in eine Art Vorraum mit grosem Tisch und vielen Stühlen. Ich gehe auf eine zweite Tür zu, wo „Reuter“ steht, was wohl bedeutet, daß dieser Beamte Herr Reuter heißt. Ich klage an und trete beiderseit ein, wie es sich gehört fürs Publikum, was sich erlaubt, öffentliche Beamte in Unacht zu nehmen.

„Was wollen Sie?“ „Ich wollte die Staatsangehörigkeit haben.“ „Warten Sie draußen!“ Ich zog mich also auf den Flur zurück und lag mit Vergnügen eine eben angekommene Frau ebenso abgrundlos hineingehen. Mit völlig verblüfftem Gesicht kam sie wieder heraus. Wir kamen ins Gespräch und erzählten uns in Vermutungen, warum das alles so separiert behandelt wird, auch stellten wir fest, daß in diesem Raum kein Schild darauf hinweist, daß man bei Herrn Reuter nicht eintreten darf. Als ich an der Reihe war, ließ mich der Beamte zwar lächeln, verschwand aber erst mal auf einer Wartezeit. Dann kam er wieder und nahm erst einmal die Papiere meines Bräutigams. „Also das ist Ihr Bräutigam?“ „Ja.“ „Was ist er?“ „Schlosser.“ „Vater?“ „Schlosser“ usw. „Haben Sie Papiere über den Vater mit?“ „Nein.“ „Auf die Angaben kann ich mich nicht verlassen, ich kann keinen Schein geben. Und Sie von Scheel?“ „Ja.“ (Das Gehucht wird verhindert.) „Ihr erster Mann war Offizier gewesen?“ „Ja.“ (Herr Reuter wird liebenswürdig.) „Was war der Vater des Ehemannes?“ „Arischer General.“ Das war durchdringend! Dieser Beamte war auf einmal wie umgewandelt, weil ich einen Generalschwiegervater hatte. Er holte noch ein Buch herbei, worin steht, daß es wirklich einen General v. Scheel gäbe, und diese Tatsache genügte, daß ich aus diese Angaben hin den Schein erhielt, der Schlosser Wilhelm aber nicht, weil ein Arbeiter Unterlagen bringen muß. Ich habe gefragt, was würde, wenn nun ein General selbst mal hinfalle, um sich einen Schein zu holen. Würden Ehrenpolen aufgestellt? Würde der Beamte nicht vielleicht das Opfer eines Herzschlags werden? Ein jeder solcher Fall muß gebraucht werden, um auch den Pauperen wachzurütteln.“ — Ja, unsere Behörden sind sehr „sozial“ eingestellt und „republikanisch“ genannt.

Seguelle Erziehung

Nachdem auf Veranlassung der Vereine des Gaues Dresden vom Verbande Volksgefunden Dr. Hodann im Dezember vorigen Jahres in gutgefüllten Sälen über sexuelle Fragen gesprochen hatte, war er am vergangenen Sonntag wieder dem Knie nach hier gefolgt. Über „Geschlechtliche Erziehung“ sprach er am Vormittag im Gasthof Wölz vor zahlreichen Hörern auf Veranlassung des Naturheilvereins Volksgefunden Dresden-West. Seine zweistündigen Ausführungen wurden mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Der Inhalt seines Vortrages war leichtfertig und leicht verständlich. Nachdem er einleidend den Verlauf des Prozesses über die Schulerzragode Krantz-Scheller schilderte, dem er als „Sachverständiger“ beinhob, zeigte er neue Wege für die Erziehung unerfahrener Jugend, viele Fehler der blödhaften Erziehung charakterisierend. Die christlich-katholische Weltanschauung kritisierte, die Bedeutung der sozialistischen Weltanschauung hingegen. In den Vordergrund stellend, kam er auf das Gebaren der Staatsanwalte zu sprechen und forderte auf, nicht mehr als „Konservenbüchle des bürgerlichen Ideale“ zu gelten, sondern sich der Jugend im frühesten Alter zuwenden, denn die neue Jugend schafft neue Formen, die leichten Endes die alte moralische Gelehrtenordnung bestätigen will. Ein Hand vieler Spiele schilderte er, wie die Jugend — besonders in geschlechtlicher Beziehung — aufgelöst und erlogen werden kann. Süßmischer Berfall lohnte den vorstehenden Redner. In der darauffolgenden Fragenbeantwortung — zehn Fragezeichen waren eingegangen — verstand es Dr. Hodann, die höhere eine weitere Stunde zu fesseln. Eine Erziehung folgenden Inhalts wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammelten bringen Ihnen Prost zum Ausdruck über die Beschlagnahme von Büchern des Stadtarztes Dr. med. Hodann, Berlin, durch die Staatsanwaltschaft in Rudolstadt. Diese Bücher gehören in die breiteste Öffentlichkeit.“

„Sei schön durch Edida!“

Es ist durchaus begreiflich und in der Struktur unserer Gesellschaft begründet, daß alle Frauen und Mädchen durch anliegende Eigenschaften hervortreten möchten. Die bewussten und deshalb häßlichen Mittel sind die äußeren. Mode und alles, was damit zusammenhängt. Dazu gehört natürlich auch die Schönheitspflege. Diese Sicht nach Schönheit wird nach allen Regeln der Kunst ausgeübt. Es gibt Tausende von Firmen, die „zweckmäßig wirkende“ Mittel herstellen und damit

ein lächerliches Stück Geld verdienen. Die Manoncenplantagen der bürgerlichen Zeitungen tragen von Anführungen dieser Art: „Sei schön durch Edida!“ — „O Gott, sag mir das Mittel an, wie bekomme ich einen Mann? Kaspara!“ So und ähnlich leuten die zaudernden Appelle. Man kann sie, je nach Gelbheit, plaudernde verschleiern; dieser Weg wird nicht zu dem führen, was die Frauen „anziehend“ nennen. Trotz aller Mützen und bunten Stoffen wird allen den Frauen ein Minus andorten, die sich um geistige Dinge und Tagesfragen nicht kümmern. Aber gerade eine geistige Regiamkeit der Frau erzeugt ihr außerdem alle fröhlichen und unanlichen Dinge. Das wird leider immer zu wenig beachtet. Die Frauen müssen sich intensiv mit allen politischen Tagesfragen beschäftigen. Ihr eigenes Leben, das oft schwerer und arbeitsreicher ist als das der Männer, gibt doch wahrscheinlich genug Stoff dazu. Die trostlose Lage der Frauen wird leider immer recht spät am eigenen Leibe verpflanzt. So lange sie noch jung und unverheiratet sind, ist der Kopf noch mit Träumen und Hoffnungen ausgefüllt. Kino und Schundliteratur bestärken sie in allen ihren Illusionen. Aber dann — — Jahrzehnte Ausdeutung hat im Körper ein wahres Verstärkungswerk verursacht, sie fühlen sich zu frötklos, den Lebenskampf aufzunehmen und lassen mittlos alles über sich ergehen. Und gerade das ist falsch! Es ist nie zu spät, sich in die Komplexion der Notleidenden einzutreten, um für eine bessere Existenz der Frauen und ihrer Kinder zu kämpfen. Deshalb nehmen die Broschüren und Zeitungen des kämpfenden Proletariats zur Hand!

Herr Erich Kleiber . . . und die Wiener Klassiker

Die Dresdner Philharmoniker hatten am „Freizeitmarkt“ des Monats einen großen Tag. Der Gewerbeaufsicht überfällt sein Umland, der jeden erfreut, der um das Ringen und das Kämpfen dieser Kapelle weiß, ein idyllisches Publikum versammelt. Schaulustig! Heraus kommt es zu . . . und alle diesbezüglichen Erwartungen werden reichlich erfüllt. Hemmungsloser Beifall dankt zum Schlus Herrn Kleiber, dieser Blute des Dirigentenjournalismus. Wir danken auch. Es soll hier ungemein ausgesprochen werden, daß diese diktatorischen, überdechnlichen Manipulationen eines, mit all ihren maßlosen Konzeptionen an Publikum und die liebe Eitelkeit in höchstem Grad widerstreblich sind. Die zweitlos hohe Begeisterung des Herrn Kleibers legt ihm Verpflichtungen auf gegenüber dem Altmästern, deren Werte zu diplomieren, mit solid ausgetriebenem Dirigenten er die hohe Eute hat. Vergewaltigung fürstlicher Individualitäten zum Zwecke der Sichtfeld-in-sichterning sind eines Künstlersfeuers (der zu sein Herr Kleiber in hohem Maße befähigt ist) unverständlich. Herr Kleiber könnte unheimlich daraus vernehmen, sich als „Chlauschiarone“, zur Augenweide jenstanzungigen Publikum zu produzieren. Mit Rini, Batoni und Albrecht und Winzen am Dirigentenpult wird man eben zum „Chlauschiarone“ (um Schwäger, Blauderer, Tänzer, Conferenter vor einem illustren Parkett). Aber, die Erfurter, Herr Kleiber????? Die Erfurter vor den Komponisten, vor Ihren Lehrern, vor der Kunst . . . und schließlich auch vor Ihrem Publikum Herr Kleiber?????

Das Programm des Abends führte von Handels „Symphonie mit dem Paukenhieb“ über „Die deutsche Tänze“ bis zum „Donauwalzer“ von Johann Strauß. Pünktigerweise muß zugestanden werden, daß freilich diese deutschen Tänze mit einem leichten lättigen Humor gespielt wurden. Besonders einer mit „Tätila und Kirchweihgoldtanz“ versetzte den Saal in heitere Stimmung. Neben einigen Gelégenheitsabschöpfungen „Altwiener Tänze“ Beethoven erregte ungeteilte Bewunderung der zweiten Sitz aus

Schuberts „Rosamunde“. Am festbaren Abscne dieser Partitur erwies sich Kleibers rhythmisches Gefühl aufs hervorragendste. Nach dem „Dörfchenschwabenwalzer“ von Joseph Strauss bog sich Kleiber gewaltvoll die „Staatsoper“ aus dem Wiener Wald“ zu einem Eifelstüdz zusammen . . . mit Jittertanz und willkürliche verzerrten Tempi, mit Schwalbenflatterbewegung der Ellbogen und plötzliche verblüffende einsetzende Dirigerpause. Höhepunkt seiner Kunst, oder deßen, was er darunter versteht.

Was die Philharmoniker, besonders die Gefüge unter diesen Umständen leisteten, war besonders rühmlich. Der Gegenseitigkeitskapelle ohne Dirigent zu laufen, wie sie Sovjetrußland als Experiment bereits hervorgebracht hat. Wie sind der unmöglichste Meinung, daß die Philharmoniker auch die Wiener Klassiker dabei begeistert hatten . . . und daß auf jedenfall die Wiener Klassiker dabei besser wegkommen würden. Im besten der Snob — und die Käse — und Herr Kleiber als Magnet — und der „dreiheit“ des Monats! —

Der Bericht über die gestern stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung erschien wegen technischen Schwierigkeiten morgen.

An den Folgen eines Unfalls verstorben. Am Dienstag gegen 15.30 Uhr wurde auf der Sophienstraße ein 45 Jahre alter landwirtschaftlicher Arbeiter von hier, als er im Begriff war, den Fahrradramm in schmalem Gangart zu überstreifen, von einer Kleinstraßenbahn erfaßt und zu Boden geschleudert. Er wurde nach dem Carolathaus gebracht, wo er infolge der erlittenen Verletzungen in der darauffolgenden Nacht verstarrt.

Strohbahnschaden. Am Mittwoch 6.45 Uhr stieß ein Strohbahnmotorwagen der Linie 22 unweit der Haltestelle Blasiusstraße auf den leichten Wagen eines Strohbahnenzuges der Linie 19. Es ist anzunehmen, daß der Führer infolge der schläfrigen Schläfen den Wagen nicht rechtzeitig zum Halt bringen konnte.

Schock-Schauspielen erbrochen. Unbekannter Diebe erbrochen in der Nacht zum 11. März während des starken Schneetreibens auf der Wilsdruffer, Johann- und Marienstraße 6 Schauspielen.

Die vergessene Geige. Am 25. Februar gegen 22 Uhr hat ein bisher Mechaniker, während er an seinem Fahrerad Luft einpumpte, seinen Geigenkasten mit Instrument vor das Grundstück Cottaer Straße 15 gestellt. Nachdem ist er, ohne wieder an die Geige zu denken, fortgefahren. Kurz darauf hat er den Verlust bemerkt und ist an die Stelle zurückgekehrt. Das Instrument war jedoch unterdessen verschwunden. Es handelt sich um eine hellbraune Geige mit der Firmenbeschriftung „Ant. Joseph Poste, Prague, Facit 1795“. Wahrnehmungen sollte man der Kriminalabteilung, Zimmer 88, mitteilen.

Wieder ein Theaterdieb! Am 8. März in den Abendstunden wurde in der Künstler-Garderobe des Alberttheaters ein unbekannter junger Bursche dabei überrascht, wie er die Behältnisse noch Geld durchwühlte. Er wurde angehalten, doch gelang es ihm, zu entkommen.

Wäschebeschädigt. Am Gründstück Sachsenplatz 2 wurden vor einiger Zeit aus einer verschlossenen Bodenammer mittels Nachtschlüssel folgende Wäsche entwendet: 3 Überblusen, 7 Kopftücher, 1 Kopftuchbeilage, 2 Betttücher, 1½ Duhend Handtücher, 1 Duhend bunte Wäsche, 2 Taschentücher, verschließene Gardinen und Handarbeiten. Die Sachen, die sich in einem verschlossenen Koffer befanden, sind aus welchem Pelzen und mit den Buchstaben „G. R.“ gezeichnet.

Overhaus. Die Oper „Elis“ von Giacomo Wolf-Ferrari, die an der Stelle in Wieland mit großem Erfolg zur Uraufführung gebracht wurde, wird im Freitag d. 3. an der Sächsischen Staatsoper zur deutschen Uraufführung geladen.

Aus Ostfachsen

Sachsen, das Land der Kirchenaustritte

Das Meißner Tageblatt lamentiert in einem Artikel vom Sonnabend dem 10. März 1928 über die ungeheuren Kirchenaustritte in Sachsen. Nur einige Auszüge: „Die Kirchenaustrittsbewegung in Sachsen ist noch immer im Anwachsen begriffen. Ziemlich geht das aus dem Verlust der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Kreisamt Sachsen für das Jahr 1926 hervor; demzufolge traten in diesem Jahre 43 895 Personen aus der protestantischen Kirche aus gegenüber 33 510 im Jahre 1925. Die erschütternde Tatsache wirkt ein großes Schlaglicht auf die allgemeine religiöse Lage dieses mitteldeutschen Insellandes, in dem die vereinigten Linksparteien Hand in Hand mit den proletarischen Freidenkerorganisationen seit den letzten Jahren eine hemmungslose Kirchenaustrittsbewegung in ihrer Breite und in unzähligen öffentlichen Versammlungen ins Werk setzen, die bis in das lechte Dorf reicht.“

Die Lamentiererei geht dann noch eine ganze Spalte lang. Ein Satz ist uns sehr bezeichnend: „Zu noch aus dem Artikel:“

„. . . Wer täglich die ihmtheoretische und kuppellose Kirchenpolitik der katholischen sozialistischen und kommunistischen Partei vor Augen hat, gegen die von liberaler Seite kaum jemals ein Wort der Befriedigung oder Rückstellung gewagt wird . . .“

Eins steht jedenfalls fest: was soll denn die liberale Seite richtigstellen oder verteidigen?

Ich wohne nahe an einer Kirche und kann Sonntags beobachten, wieviel Schüllein da hinein wandern, es ist immer eine lächerliche Zahl, und es sind 20, wenn hoch kommt auch mal 30 Personen. Beträchtet man sich nun die Kirchgänger mal etwas näher, so kann man eine interessante Feststellung machen: 80 Prozent sind ältere Leute über 40 Jahre, einige alte Jungfern und Gehäuptoleute, die sich ja auch ab und zu mal sehen lassen müssen. Es wird „Das-in-die-Kirche gehen“ so gehandhabt, daß jedesmal ein Mitglied der Familie in die Kirche delegiert wird. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, Sonnabends in einer Kneipe mit einer Weizener Bürgerfamilie zusammenzutreffen. In der Unterhaltung hörte ich heraus, daß der Vater Kirchenvorstandsmäßig ist. Die Familie zählt sechs Köpfe. Unter anderem trug das Kirchenvorstandsmäßige seine Familienangehörigen, wer denn nun morgens zum Sonntag in die Kirche gehen will. Aber siehe da, es meldete sich niemand, jeder brachte eine Ausrede geklebt, bis der Vater schließlich auch zu der Erklärung kam: „Nee, ich kann noch nich geh'n, ich hab' alemal bald ein . . .“ Als ich darauf einfiel und mit dem Vater über die Kirche diskutieren wollte, ist er so, als hätte er nichts; er zog es vor, sein Gelangbuch mit Hensel zu ergreifen, an mein Glas zu stoßen und zu sagen: „Na, Prost, Herr Nachbar.“

Die Lutherkirche in Wilken-Tiefenbach hat auch einen Kirchenchor, aber wenn dieser in der Kirche gelungen hat fürmen die Mitglieder sofort wieder; der jeweilige Pastor ist natürlich weniger erfreut darüber, daß man seine Predigt nicht mit anhört und noch ein bißchen die Hände mitschüttet und etwas verklärt gen Himmel guckt.

Man kann eben sehen, es sieht jetzt faul aus. Alles nur äußerliche Aufmachung. Hoffen wir, daß die Kirchenaustrittsbewegung noch weitere Kreise zieht, so daß es den „liberalen“ Schwarz vor den Augen wird.

Aus dem Meißenner Gerichtsstaat

Der frühere Stadtverordnete Sir. Kraftsamtligkeit der wirtschaftlichen Vereinigung in Meißen hand am Montag vor dem Arbeitsgericht als „Vergnügter“ Sir. hatte mit einem jungen Mädchen einen laufmännischen Liebhaber abgeschlossen. Das Mädchen war noch im ersten Lehrjahr, als auf Veranlassung des Vaters der Lehrerstag im Januar schließen gelöst wurde. Das junge Mädchen wurde durch den Beamten des Zentralverbandes

der Angestellten vor Gericht vertreten. Aus der Verhandlung ergab sich ungefähr folgendes Bild:

Der Verbandsvertreter begründet die fristlose Lösung des Lehrvertrages damit, daß der „Lehrherr“ in Verkennt seiner Pflichten dem jungen Mädchen nicht nur mehrmals in die Wände geküßt, sondern eines Tages unter Anwendung von Gewalt „welenhaft weitergegangen“ sei.

Als der Vater davon erfuhr, nahm er seine Tochter sofort aus der „Lehre“, war er doch der Auffassung, daß seine Tochter lediglich im Berufe ausgebildet, nicht aber das Objekt männlicher Gewalt des Sir, werden sollte. Daß er „weitergegangen“ ist, hat der Sir in der Verhandlung bestritten. Ob er damit Glück hat, wird allerdings erst die Zukunft erweisen. Der Vater des jungen Mädchens hat Staatsantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, dort wird die notwendige Klärung erfolgen müssen. Das Arbeitsgericht hat die Verhandlung bis zum Abbruch dieses Verfahrens ausgesetzt.

Bis dahin wollen wir mit unserem Urteil zurückhalten, dann allerdings — Herr Sir. — werden Sie mehr von uns hören.

Voderitz-Gunnersdorf b. Niederschönau. Sonnabend den 17. März findet im Restaurant Prinzendorf, Gunnersdorf, ein Werbeschwindel der 73. Betriebsstelle des Konsumvereins Worms statt. Allen Einwohnern empfohlen wird den Besuch dieses Abends. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Neben Filmvorführungen über Produktionsstätten der GEG, Natur- und Schatzjäger und Liebhabern zur Laute gibt es noch gegen Gutscheine Kaffee und Kuchen sowie einen Kaffeekocher. Gutscheine können in der 73. Betriebsstelle sowie an der Abendkasse entnommen werden.

Eine mysteriöse Geschichte

Pirna. Uns wird mitgeteilt, daß sich im heissen Gefängnis des Amtsgerichts ein Unterluftungsgefangener entflohen habe. Es soll bei einem Diebstahl in der Schmiedegefängnis ergrapt worden sein. Der Kriminalabteilung überwiesen, die bei ihm Patrouille, aber keinen Revolver fand, wurde er als Unterluftungsgefangener dem Gefängnis zugeführt. Auch bei der doch immerhin peinlichen Unterfahrung hat man keinen Revolver gefunden. Niemals man es etwa bei kriminellen Einzelheiten nicht so genau wie bei politischen? Die sonst gut informierte Presse schweigt. Was bedeutet dieses Schweigen?

Pirna. Wir machen nochmals auf den heute abend stattfindenden Lichtbildvortrag des sozialdemokratischen Gewerkschafts-Vereins einen Vorbericht: „Meine Reiseerlebnisse im Russland“. Der Vortrag beginnt 19.30 Uhr im großen Volkshauslokal. Zur Deckung der Kosten werden 25 Pfennig Eintritt erhoben.

Grillhennersdorf. Am Sonnabend dem 17. März 1928 Uhr, veranstaltet der kleine Mieterverein einen Vortragsabend. Dem Titel

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!

Plana. Ueber dieses in unserem Klassenzettel übliche Wort wären Sie vor kurzem beinahe einige Arbeiter in die Hölle gebracht. Der eine sagt, es gäbe's nicht, wenn zwei dasselbe tun, das kann nicht auch zweifach beurteilt werden. Der andere kommt jetzt hinz, ob er aus dem Auslande komme. Zum Beispiel wird in Pirna sehr darauf pochen, daß in den Anlagen nichts geschieht, was uns und Ausländern beeinträchtigen könnte. Kinder, denen der Ball auf die Rasenfläche gekommen ist werden mit Hochwürdigkeiten tituliert, wenn gerade ein "Naturfreund" in der Nähe ist. Hin und wieder werden auch im Anzeiger Moralempfehlungen verfaßt. Von der Bauerndemonstration, die eine deutchnationale Gesinnung auch unseren Anlagen beigebracht hatte, hat man nichts weiter gehört, als anderen Tages das Hammer der Arbeiter, die die Handelten in Fasson brachten. Wenn ein Arbeiter, ob Familienvater oder nicht, seinen Kleidungsstück beben will, indem er sich einen Dachboden preist, und man „schreit“ ihm dabei, so wird er gewißlich als ein „gemein-schädlicher Spießhabe“ durch die Zeitung gefeuert und beim Gericht verurteilt! Es ist ja nicht üblich, wenn jemandem ein Lebensmittel gestohlen wird. Anders steht es aus, wenn Herr Dr. Oberlein Rächen den Behörden weg — läuft. Diese Handlung ist sogar gesetzlich oder behördlich gebündelt und es faßt. Herr Oberlein — das ist der frühere Richter des Pirnaer Anwalts —, der bekanntlich zwei warme Herzen für den armen Mann hat, dieser Herr Oberlein lädt die Leute auch nicht, weil er sie stellen will. Für ihn ist es Ballon, Sport, Lügning der Langeweile. Er stellt Hallen! Und hat sich nun ein jüdisches Tierchen gefangen, so schafft er sein Dienstmädchen auf den Saubor, von dort kommt ein Arbeiter und muß nach mit Recht abholen. Dann muß noch ein Polizismensch herzu, der auf dem alten Klosterhof dem Dellingenzen das Urteil spricht und auch sofort vollstreckt. Herr Oberlein macht sich dabei nicht einmal seine gepflegten Hände schmutig. Schließlich muß das Dienstmädchen auch noch die Faule ausspielen. Das ist also zunächst die zweite Seite. Das wichtigste ist aber, daß die Feinde solche Vorwürfe gewissermaßen fordern. Wie können deshalb alle Kleiderarmen raten, fallen aufzustellen, beim Erfolg des Bauamtes befürchtet, von einem Politikerkollegen erlaufen zu lassen und anstatt nach der Nachtmelderecht, nach Hause für die Pianine zu schaffen. Da macht sich keiner frohbar. Und nun die Seite vom Oberleinischen Standpunkt. Viele, die ihren Haustreund, ihre Mutter vermissen, werden auf die „roten Proteste“ schimpfen in der Meinung, daß sich einer einen Braten damit gemacht hat. Keiner wird an Herrn Oberlein gedacht haben, daß er derjenige sein könnte, der ihrem Oberlein gedacht haben, daß er derjenige sein könnte, der ihrem

Wieserl den Garous machen ließ. Herr Oberlein ist ein erfolgreicher Rattenjäger; oft sollen es in der Woche drei und noch mehr gewesen sein, die er vom menschlichen Pfuhl entzissen und in das Rattenkimmelstech-Büschelchen hetzt. Wehr wollen wir hierzu nicht sagen, aber münchlich würden wir dem Herrn Rattenjäger Oberlein, daß diejenigen, die ihre Käuze vermissen, ihm ein anständiges Rattenkonzert bringen möchten. Nur eine andere Seite: Herr Oberlein ist ein Realionat der schlimmsten Sorte. Es hat pleitelegt, gar von dem Gerücht gehört, das uns auch erreicht, von wegen der Rattenkäuze — sicher vernichtet er die Käuze, um der „republikanischen“ Stadtverwaltung die Einnahmen zu schmälern! — Die Käuze des Herrn Oberlein müßte als Instrument des gesetzlich erlaubten Ungezügliches öffentlich ausgestellt werden!

Warum Wohnungsbau in eigener Regle?

Wildberg. Ueber dieses Thema sprach Genosse Schrapel vor einer aufsehenerregenden Juhörerschaft im Gathaus Wildberg, in einer von der KPD, Ortsgruppe Wildberg, einberufenen Einwohnerversammlung. Er führte aus, daß der Reglebau für die Gemeinde finanziell von Bedeutung sei. Kleine Gemeinden müßten sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, dadurch würde der Wohnungsbau für sie wesentlich erleichtert. Dazu müßte die Wetzinssteuer restlos vermieden werden. Auch müßte man versuchen, Mittel aus dem Ausgleichsstock zu erhalten. Ueber Aufnahme von Anleihen, so wie erhält man u. a. bei der Landesverhörmung, aber die Zinsen hierfür seien sehr hoch und einfach nicht aufzubringen. Man sieht hieraus, wie mit Arbeitergroßdienst handelt wird. Der Vorsitzende der Landesversicherung ist der Sozialdemokrat Tempel. Am Übrigen gab Genosse Schrapel ein Bild von den Gefahren, die durch die Wohnungsnutznot entstehen, wie man vom Reichs aus die Wohnungsnutznot bekämpft. Auf der einen Seite Willkürdienstleute am Großindustrie, Juncker zum Beispiel, für Wohnungen lebt wie nichts. Erst wenn der Kapitalismus restlos beseitigt ist und in Deutschland eine Arbeiters- und Bauernregierung herrscht, wird man auch die Wohnungsnutznot endgültig beseitigen können: Ja der Debüt führt Bürgermeister Müller (SPD) dazu aus, daß er sich schon die größte Mühe bei der Amtshauptmannschaft geredet habe, Geld aufzutreiben, aber nichts erhalten. Amtshauptmann Schmidt (SPD) hätte ihm gegenüber erklärt, er soll sich anderweitig kümmern und wünsche ihm hierzu viel Glück. So bekämpft man in der SED die Wohnungsnutznot. Herr Schelle (Deutschland) ist gegen die Gemeindewohnhäuser und hofft durch Siedlungen eher zu seiner Auszugsmöglichkeit zu kommen. Münster (SPD) meinte für den

"Jungen Otto" wieder einmal einen Solzen verschließen. Einwohner von Wildberg seit langem. Unterstützt die KPD-Gewerken und Kampf gemeinsam mit Ihnen nicht nur gegen die Wohnungsnutznot in unserem Ort — sondern darüber hinaus für die revolutionäre Umgestaltung der bürgerlichen Klassengesellschaft in eine proletarische Gesellschaft.

Arbeiter und Kleinbauern demonstrierten im Interesse der Großgrundbesitzer

Am 13. März fand in Löbau eine Demonstration der Kleinbauern und Rittergutsbesitzer vor der Amtshauptmannschaft mit 1500 bis 2000 Demonstrierenden statt. Die Fortbewegungen gingen um die Erleichterung der Steuern und um Preislenkung der Bedarfssortikel für die Landwirtschaft. Transparente wurden keine mitgeführt, nur Schilder der einzelnen Gruppierungen des Landbundes. Die Deputation, die die Forderungen beim Amtshauptmann vorbrachte, war allerdings am wenigsten durch Kleinbauern befehlt. Defontenierter Richter, Hauptmann Starke, Schall am Roßstein, und die anderen früheren monarchischen Offiziere, habt ihr vergessen, wie Hauptmann Starke im Krieg auch „gekämpft“ hat, so daß er Angst hatte und nach dem Kriege auf längere Zeit aus seinen Gütern verschwand? Ihr demonstriert gegen den Bürgerblock und unterstüttet ihn auf der anderen Seite, indem ihr im deutchnationalen Landbund organisiert lebt.

Kleinbauern, erkennt endlich einmal, wo eure Kraft liegt. Nur mit dem Arbeiter in Stadl und Land könnet ihr die Nutzen föhlen und euch aus wirtschaftlicher Not befreien. Einfach euch zusammen und geht dem Landbund den wohlverdienten Tribut. Organisiert euch in den proletarischen Parteien! Gott segne nicht im Antezedent der Großgrundbesitzer missbraucht; die wollen den großen Happen, die leeren Knochen sind für euch bestimmt. Vernt daran!

Central-Theater

Rautzen

Ab Freitag, den 16. März bis
Montag, den 19. März

Stacheldraht

8 Akte

Der Film der Volksverwaltung von
Kinderstrafanstalt-Liebesgeschichte

Hauptrolle:

POLA NEGRI u. a.

Der Löwe ist los!

Ein lustiger Abenteuerfilm
in 6 Akten

der von Lachen und Löwen handelt.

Jugendliche haben Lust auf

Ab Dienstag bis mit Donnerstag
den 12. März

Ehefrieden

Ein Kino-Komödie in 6 Akten nach dem

Skript „Ehefrieden“ von Hans Blum

Hauptrollen:

Lillian Harvey und Harry Holm.

Die Großstadt lockt

Die Erlebnisse einer Kleinstadt-

Schönheit in 7 Akten / Autoren:

von Hartlieb in New-York.

Hauptrolle: Owen Moore.

Palast-Theater

Rautzen

Ab Freitag den 16. März bis
Montag den 19. März

RAMPER

der Tiermensch

Ein außergewöhnlicher Film in

8 Akten mit PAUL WEGENER

Dann noch:

Spanisches Blut

Eine Geschichte in 6 Akten

wurde sturmreichster See- und

sturmreicherer daraus.

Ab Dienstag den 20. bis Donnerstag
den 22. März

Ein Mädel von Chantant

Geheimsame Frauen

8 Akte nach dem Roman „Reit-
Elegie“ von Andre v. Breitenbach

In den Hauptrollen: Asta Nielsen,

Carsten Dahl, Gust Frölich

Mit Tomahawk und Büchse

Als Abenteuer in 6 Akten aus dem

schwarzen Berne.

Hauptrolle: Jack Hoxie

Nähmaschinen • Fahrräder

erstklassige Fabrikate

Grammophone • Schallplatten

Wringmaschinen

billigst bei günstigster Zahlungsweise bei

Max Kuhnert,

Mechaniker-

meister

PIRNA, Reitbahnenstraße 26

Ecke Brüderstraße

Zur Konfirmation
solide

Uhren moderner

Schmuck

reiche Auswahl

mäßige Preise

Saupe

Pirna

Jacobäerstraße 4

Rottfront-Schalmelen-Platten

bei Kamerad

Willy Josl

Pirna, Brückstraße 2

Am Mittwoch, dem 14. März, 17 Uhr, verstarb
nach langerem Leiden meine liebe Frau, gute Mutter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Wiesner geb. Vogt

Zschachwitz, den 14. März 1928

Dies zeigen helblüth an

Heinrich Wiesner und Sohn Herbert
nebst Angehörigen

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 17. März, 15 Uhr von der Friedhofskapelle Kleinschachwitz aus statt.

Achtung!

Sportheim „Freie Turner“ Heidenau

Sonnabend und Sonntag, den 17. und 18. März 1928;

Großes Doppelschlachtfest

Sonnabend von 15 Uhr an **Wollfleisch**, abends die bekannten

Schlachtspezialitäten

Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt

„Fleckl“ Doberschau

Freitag, d. 16. u. Sonnabend, 17. März

Abonniert die

Großes Schlachtfest

Konsumverein Vorwärts

Jahrmarkts-Sonntag den 18. März sind unsere

Warenhäuser

Große Zwingerstraße 12/14

Kesselsdorfer Straße 22

Königsbrücker Straße 38

Markgraf-Heinrich-Straße 31

von 11 Uhr vormittags bis 18 Uhr nachmittags geöffnet.

